

Düsseldorf, 28.2.2013

**Stellungnahme der Wirtschaftsvereinigung Stahl im Rahmen der Internet-Konsultation der EU-Kommission vom 7. Dezember 2012 bis zum 28. Februar 2013 zum „Carbon Market Report“ vom 14. November 2012**

Transparenz-Register Nr. 75755621888-61

Der Carbon Market Report enthält eine Liste von sechs möglichen Maßnahmen zur Verringerung der Zertifikate im Emissionsrechtssystem bzw. Stützung des CO<sub>2</sub>-Preises während der 3. Handelsperiode. Interessierte Kreise werden aufgefordert, ihre Bewertung zu diesen sechs möglichen Maßnahmen abzugeben.

Die Stahlerzeugung ist aufgrund der stofflichen Nutzung von Kohlenstoffträgern zur Reduktion von Eisenerz zu Roheisen CO<sub>2</sub>-intensiv, so dass die Stahlindustrie in besonderem Maße vom Emissionsrechtssystem betroffen ist. Die europäische Stahlindustrie zählt zu den effizientesten der Welt und hat ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis an das technisch/wirtschaftliche Limit reduziert. Nebenprodukte und Wertstoffe werden nachhaltig stofflich und energetisch genutzt. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Nutzung von Kuppelgasen als Substitut für herkömmliche Primärbrennstoffe (vergleichbar den erneuerbaren Energien) zu nennen.

Durch den Beschluss der EU-Kommission zur Festlegung europaweiter Regeln für die harmonisierte freie Zuteilung von CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten vom 27. April 2011 ist die Stahlindustrie ab 2013 mit Benchmarks konfrontiert, die den Durchschnitt in den europäischen Produktionsanlagen um fast 20 Prozent unterschreiten und unterhalb des technisch Machbaren liegen. Trotz Wirtschaftskrise im Jahr 2009 und der unterdurchschnittlichen Produktionsentwicklung wird sie in der dritten Handelsperiode in hohem Maße Zertifikate zukaufen müssen. Dies belastet massiv die internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie die Investitionsperspektiven.

Die Bestände an nicht verbrauchten Zertifikaten, die sich in den ersten Jahren der dritten Handelsperiode schnell abbauen werden, sind zudem durch massive Verluste der Stahlunternehmen beispielsweise während der Krise 2009 teuer erkaufte. Auf jede durch die krisenbedingten Produktionsrückgänge eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> entfielen Verluste von 100 Euro.

Eine weitere Verknappung der Zertifikate lehnt die Stahlindustrie in Deutschland in jedweder Form ab. Dies gilt für Eingriffe, die für die Stahlunternehmen eine unmittelbare Kürzung der Zertifikate und damit weitere Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Kosten zur Folge haben, sowie auch für eine Verschärfung des Klimazieles oder des Sektor-Caps. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl spricht sich auch gegen eine Löschung („Set Aside“) wie auch eine befristete Herausnahme („Backloading“) von Zertifikaten aus. Als Begründung ist anzuführen, dass es sich bei dem politisch gewollten System von ex ante festgelegten Emissionsobergrenzen um einen systemwidrigen und diskretionären Eingriff handeln würde. Glaubwürdigkeit und Vorhersehbarkeit wären beschädigt. Die Emissionsziele werden auch ohne eine solche Maßnahme eingehalten.

Die vordergründige Debatte um Mengen und Preise lenkt zudem davon ab, dass die grundlegenden Risiken durch den Emissionsrechtehandel und damit die Zweifel an diesem System bestehen bleiben. Auch nach acht Jahren schließt sich keine wesentliche Industrieregion diesem Modell an. Die unterhalb des technisch Machbaren angesetzten Benchmarks führen sogar dazu, dass der europäische Emissionshandel in der Stahlindustrie anderer Länder, etwa den USA und China, als abschreckendes Beispiel gesehen wird. Nach dem Ergebnis der letzten Klimagipfel ist ein belastbares internationales Klimaabkommen, das als eine wesentliche Voraussetzung für eine Fortführung des Emissionshandelssystems global alle wesentlichen industriellen Emittenten erfasst, in den kommenden Jahren nicht zu erwarten.

Alle vorgeschlagenen sechs Maßnahmen lehnt die Wirtschaftsvereinigung Stahl deshalb kategorisch ab.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie und damit auch den Anreiz in Zukunftsinvestitionen zu wahren, sollte stattdessen die Fortführung der freien Zuteilung für von Carbon Leakage bedrohte Branchen, die Korrektur der CO<sub>2</sub>-Benchmarks auf ein technisch realistisches Niveau sowie die Etablierung der Kompensationsregelung für emissionshandelsbedingte Strompreissteigerungen im Vordergrund der politischen Diskussion stehen.